

Mittelstand

hat kein Vertrauen in die Regierung

Mittelstands- und Lobbying-Barometer 2014

Das sechste repräsentative Mittelstands- und Lobbying-Barometer 2014 zeigt auf, dass 51 % der Österreicher der Regierung bezüglich deren Unterstützung für den Mittelstand das Misstrauen aussprechen „Die Regierungsparteien müssen zur Kenntnis nehmen, dass Lippenbekenntnisse und Alibi-Handlungen für kleine und mittelständische Unternehmen durchschaut werden,“ resümiert Wolfgang Lusak und ergänzt: „Wenn die Regierung das nicht ändert, dann werden bald Oppositionspolitiker die Lücke in der Unterstützung füllen, den Regierungsparteien die absolute Mehrheit abnehmen und eine neue Lobbying-Landschaft schaffen.“

Politik und Regierung sind Nutznießer des Lobbyings

Die Studie zeigt klar auf, dass Politik und Regierung von der österreichischen Bevölkerung eindeutig als jene Gruppen gesehen werden, die den größten Nutzen aus Lobbying-Aktivitäten ziehen. Für Lusak kein Wunder: „Die meisten Nationalratsabgeordneten kommen aus Gewerkschaften, der Beamtenschaft und Kammern. Nur 6 % aus

Gewerbe und Industrie.“ Die Schlussfolgerung, dass die Wähler damit die Demokratie als „Lobbykratie“ sehen, liegt nahe.

Vertrauen in KMU und Mittelstand stetig im Wachsen

Das Vertrauen der Bevölkerung in KMU und mittelständische Betriebe ist laut Studie seit 2010 beständig im Wachsen: Bei KMU von 32 % auf 42 % und beim Mittelstand von 23 % auf 34 %. Bei Regierung, Politikern und Parteien hat das Vertrauen im selben Zeitraum abgenommen - von 40 % auf 34 %. Das „Krisenretter“-Image der Konzerne ist mit 24 % gleichbleibend schwach. Gesunken sind auch die Werte bei der globalen Finanzwirtschaft (17 %) und der EU (12 %). Abgeschlagen die NPO sowie Verwaltung/Beamte mit je ca. 10 %. KMU und Mittelstand sind „die klare Nummer 1 unter den Krisenrettern“.

Nach der Mittelstands-Interessensvertretung befragt, nennt die Mehrheit eindeutig die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) als die Nummer 1. Damit gelingt der WKO nach zwei Jahren des Absinkens wieder ein Aufschwung. Ebenfalls im Zunehmen: der Wirtschaftsbund mit 35 % und der Österreichische Gewerbeverein mit 27 %. Deutlich rückläufig sind die Industriellenvereinigung mit 19 % (2012: 29 %) und das WdF-Wirtschaftsforum der Führungskräfte mit 9 % (2012: 19 %).

Ziel: Staatssekretariat im Wirtschaftsministerium

Um KMU und den Mittelstand zu stärken und sie bei der Krisenbewältigung zu unterstützen, kann sich Wolfgang Lusak die Installierung einer eigenen Mittelstands-Plattform in der Wirtschaftskammer sowie ein Staatssekretariat im Wirtschaftsministerium als Lösung vorstellen. In diesen sollten die Belange der KMU und des Mittelstands angeführt, koordiniert und dokumentiert werden.

Ing. Friedrich Riess
(CTO Riess Kelomat GmbH),
Mag. Wolfgang Lusak (Lusak Consulting),
KR Margarete Kriz-Zwittkovits
(Präsidentin des österreichischen Gewerbevereins)
© Lusak Consulting/APA-Fotoservice/Rastegar

